



Germanwatch e.V. · Stresemannstr. 72 · 10963 Berlin
IG Metall Vorstand · 60519 Frankfurt

Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
11012 Berlin

Berlin, den 27. September 2024

Offener Brief von IG Metall und Germanwatch

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die Schiene wurde in Deutschland so lange auf Verschleiß gefahren, dass zur Europameisterschaft die ganze Welt gesehen hat: Deutschland hat ein Problem mit seiner Infrastruktur. Gemeinsames Ziel ist es, die Schiene als Rückgrat der Mobilität in Deutschland zu stärken und sie als Zukunftsbranche mit einer halben Million Arbeitsplätzen allein in Deutschland – rund 55.000 davon in der Bahn- und Zuliefererindustrie – weiter auszubauen.

Der von der Bundesregierung begonnene Hochlauf der Investitionen ins Schienennetz muss daher fortgeführt und beschleunigt werden. Zugleich werden öffentliche Investitionen auch an vielen anderen Stellen gebraucht. Wir, Industriegewerkschaft und Umweltverband, sehen dringenden Bedarf, für eine Priorisierung der Investitionen im Verkehrshaushalt für die Schiene. Das Schienennetz braucht ausreichende und planungssichere Mittel ohne Renditedruck für Sanierung, Modernisierung und Ausbau.

Das Schienennetz muss gemeinwohl-, nicht gewinnorientiert geführt und die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden. Eine Eigenkapitalerhöhung kann nur eine vorübergehende Haushaltslösung sein. Sie löst Renditedruck für das öffentliche Gut Schienennetz aus, was zu einer wettbewerbsverzerrenden Verteuerung des Schienenverkehrs sowohl für Personen als auch für Güter führen kann und damit den Verlagerungszielen auf die Schiene entgegenliefe. Daher sollte beim Trassenpreisausgleich jetzt massiv nachgebessert werden. Sonst könnten Deutschland schon 2025 verstopfte Straßen drohen.



Die Abhängigkeit von jährlichen Haushaltsentscheidungen erschwert es Bahn- und Bauindustrie, Schienennetzbetreiberin und Planungsbehörden, die nötigen Personalkapazitäten aufzubauen. Um den grünen Wachstumssektor Schiene anzuschieben, halten wir einen überjährigen Infrastrukturfonds für sinnvoll, z.B. ähnlich wie in der Schweiz. Eine Neuordnung zu einem nachhaltigen System der Finanzierung von Schienennetz und Zugbetrieb, inklusive Trassenpreisen und Regionalisierungsmitteln sollte zudem angestoßen werden.

Der Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen würde dringend benötigte Mittel binden. Investitionsmittel werden für die Sanierung und den Erhalt der gesamten Verkehrsinfrastruktur, einschließlich des Bundes-, Fernstraßen- und Schienennetzes sowie der vielen maroden Brücken, und für den zügigen barrierefreien und naturverträglichen Ausbau der Schiene dringend gebraucht.

Wir fordern die Regierungsfractionen auf, die Überprüfung der Bedarfspläne zu nutzen, um die acht Jahre alten Pläne mit aktueller Methodik zu aktualisieren und klar zu priorisieren. Die Maßgabe des Bundestages, dass sich die Infrastrukturplanung und damit die Bedarfspläne an den Verlagerungszielen orientieren, darf vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele nicht weiter verschoben, sondern muss eingehalten werden.

Verkehrspolitik muss und kann gestalten. Insbesondere ländliche Räume müssen durch die verstärkte Reaktivierung stillgelegter Strecken wieder ans Schienennetz angebunden werden, um mehr Menschen eine echte Wahlfreiheit zwischen den Verkehrsmitteln anbieten zu können.

Eine starke Schiene entlastet die Straße. Deutschland hat im Herzen Europas mit sechs von neun transeuropäischen Korridoren ein starkes Interesse und eine besondere Verantwortung. Der Schienensektor zeigt, dass Industrie und Klimaschutz kein Widerspruch sein müssen. Nutzen Sie Bundeshaushalt und Bedarfsplanüberprüfung, um nach der Weltleitmesse Innotrans in Berlin weitere Impulse für den deutschen und europäischen Schienensektor zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Kerner
Zweiter Vorsitzender IG Metall

Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer Germanwatch

Dieses Schreiben geht an den Bundeskanzler, den Stellvertreter des Bundeskanzlers, den Bundesminister der Finanzen, den Bundesminister für Digitales und Verkehr, die stellv. Fraktionsvorsitzenden für Haushalt und Verkehr, die haushaltspolitischen Sprecher:innen und die Berichterstatter:innen für den Verkehrshaushalt der Regierungsfractionen.